Gebührenerlass für Buskers

STADT BERN Der Berner Gemeinderat hat beschlossen, dem Strassenmusikfestival Buskers Gebühren in der Höhe von insgesamt 8460 Franken zu erlassen. Die Summe setzt sich zusammen aus Kosten für die Signalisation und die Nutzung des öffentlichen Bodens. Mit der Gebührenbefreiung kommt die Stadt einem seit langem bestehenden Anliegen der Organisatorinnen entgegen. Schon mehrmals hatten diese darauf hingewiesen, dass sie der Stadt ein Festival mit Ausstrahlung weit über Bern hinaus bieten würden – und zwar gratis. Zu dieser Überzeugung ist nun auch der Gemeinderat gekommen und erlässt den Organisatorinnen die Gebühren für das Buskers 2007. In der Begründung würdigte die Stadtberner Exekutive zudem das «ganzheitliche Mehrweggeschirr-Konzept» des Buskers.

Schon vor Bekanntgabe der Gebührenbefreiung stand fest: Auch im kommenden Jahr wird in der Stadt Bern wieder für Hutgeld musiziert – trotz abermals beklagten finanziellen Schwierigkeiten. (phi)

KURZ

JA kritisiert Äusserungen der Entente Bernoise

STADT BERN «Konservative und regressive Hetzpropaganda» betreibt nach Ansicht der Jungen Alternative (ja) der Verein Entente Bernoise mit seiner am Montag präsentierten Studie zur Bettlerei in Berns Innenstadt («Bund» vom Dienstag). «Dies zeigt schon das verwendete Vokabular, das Randständige und Süchtige als abnorme Bürger abstempelt», schreibt die JA in einer Mitteilung. (pd)

Stadtrat sagt Ja zum Budget

Mit ihren **Sparanträgen im Sozialbereich** sind die Bürgerlichen gescheitert

Braucht Bern mehr öffentliche oder mehr soziale Sicherheit? In der gestrigen Budgetdebatte lieferten sich Bürgerliche und rotgrüne Mehrheit heftige Debatten um diese Frage. Am Ende zeichnete sich ein klares Ja zum Budget 2008 ab.

BERNHARD OTT, PATRICIA GÖTTI

Gibt es in der Stadt Bern ein Problem mit der öffentlichen Sicherheit? Für die bürgerlichen Parteien ist der Fall klar: «In der Stadt Bern hat sich die Zahl der Angriffe auf Jugendliche in den letzten zwei Jahren verdoppelt», sagte gestern Hans Peter Aeberhard (fdp) zu Beginn der zweiten Lesung des Budgets im Stadtrat. Es könne doch nicht sein, dass Aarbergergasse, Gurtengasse und Grosse Schanze in gewissen Zeiten zu Risikozonen werden. «Wir brauchen mehr Sicherheit», sagte Aeberhard. Die FDP wollte mit einem Antrag die drei Millionen Franken Synergiegewinn aus der Polizeifusion zur Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz um einen Drittel einsetzen.

Kurzfristig nicht mehr Polizei

Der Antrag stiess jedoch bei der rotgrünen Mehrheit auf wenig Gegenliebe. «Polizeipräsenz in der Stadt ist wichtig», sagte Ueli Stückelberger seitens der GFL/EVP-Fraktion. Der Beschluss des Gemeinderates, die drei Millionen in die darbende Stadtkasse fliessen zu lassen, bedeute aber keinen Leistungsabbau. Franziska Schnyder (gb) monierte, dass der Stadtrat mit der Kantonalisierung der Polizei gar nicht mehr legitimiert sei, über Frontstellen und Präsenz zu bestimmen. «Wir bestellen die Polizeileistung beim Kanton. Über das Operative entscheidet der Kanton allein», sagte Schnyder. Gemeinderat Stephan Hügli (fdp) lehnte den kurzfristigen Einkauf von Polizeileistungen ab. Er räumte jedoch ein, dass eine Erhöhung der Polizeipräsenz mittelfristig geprüft werden müsse. Mit 45 zu 25 Stimmen lehnte der Rat die Erhöhung der Polizeipräsenz ab. Zwei Anträge des linksgrünen Daniele Jenni auf eine Reduktion der Polizeipräsenz und eine Erhöhung der Kontrolltätigkeit im Verkehrsbereich wurden aber ebenfalls abgelehnt.

Grün setzt sich nicht immer durch

Im Verkehrs- und Umweltbereich hatten die Bürgerlichen ebenfalls das Nachsehen. Deutlich abgelehnt wurde ein SVP-Antrag auf die ersatzlose Streichung der lokalen Umweltagenda. Ein weiterer SVP-Antrag auf Streichung der geplanten Erhöhung der Parkkartengebühren und der Gebühren für den Warenmarkt hatte ebenfalls keine Chance. Mit 50 zu 14 Nein-Stimmen ebenfalls abgelehnt hat der Rat aber auch den Antrag der GB-Fraktion, die vorgesehene Kürzung der Beiträge an die Umweltagenda im Umfang von 100 000 Franken um 50 000 Franken zu kürzen. «Alle reden vom Klimaschutz und die Stadt Bern will bei der Umwelt sparen», redete GB-Fraktionschefin Natalie Imboden dem Rat ins Gewissen. Sie redete gleichsam in eigener Sache, hätte mit dem Geld doch die Umsetzung einer reichlich angejahrten Motion Imbodens für autofreie Sonntage in der Stadt umgesetzt werden sollen. Mit dem Appell von SP-Kopräsident Thomas Göttin, sich an die Sparbeschlüsse des Runden Tisches der Fraktionen zu halten (siehe Kasten), war die Ablehnung des GB-Anliegens jedoch besiegelt.

«Holzhammer-Politik»

Der Hauptharst der Debatte war der Sozialdirektion gewidmet. Ein Antrag der FDP auf Streichung von fünf Millionen Franken beim Sozialamt wurde mit 45 zu 21 Stimmen abgewiesen. «Das Anliegen ist sehr sympathisch, aber nicht umsetzbar», sagte Ueli Stückelberger (gfl/evp). GB-Fraktionschefin Natalie Imboden warf der FDP «antisoziale Holzhammer-Politik» vor, weil die FDP nicht präzisiert hatte, wo genau sie sparen will.

Ein Herz für die Ludothek

Auf Zustimmung stiessen Anträge der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur SBK: So wurden dem Sozialamt Massnahmen zur beruflichen Integration nicht gekürzt. Mit doppelter Zunge redete Simon Glauser (svp): Im Namen der SBK zeigte er ein Herz für die Ludothek Lorraine und plädierte dafür, die Streichung des städtischen Beitrags von 20 000 Franken rückgängig zu machen. Gleichzeitig sprach er aber für seine Fraktion der Kürzung das Wort. Der Rat lehnte die Kürzung jedoch 48 zu 26 Stimmen bei einer Enthaltung jedoch ab.

Angenommen wurde der linksgrüne Antrag, Sozialhilfebezügern nicht das Weihnachtsgeld zu streichen. Einen bemerkenswerten Umschwung vollzog Sozialdirektorin Edith Olibet (sp) beim Thema Kindertagesstätten: Sie willigte in einen Antrag der SP-Fraktion ein, der die Gruppengrösse in den Kitas nicht vergrössern wollte. Mit Klatschen quittierten die etwa zehn Jugendlichen auf der Zuschauertribüne den Entscheid des Parlaments, dem Jugendzentrum Gaskessel nicht die Mittel zu kürzen.

Das Budget der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün wurde unverändert mit 44 zu 23 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Die Schlussabstimmung zum Budget war bei Redaktionsschluss noch nicht erfolgt. Es zeichnete sich jedoch ein klares Ja ab.

Mit Ach und Krach

Bei einem Volumen von 929 Millionen Franken ist das Stadtberner Budget 2008 ausgeglichen. Der Steuersatz liegt unverändert bei 1,54. Zum Ausgleich tragen Sparmassnahmen von 25 Millionen Franken bei, die vom runden Tisch der Fraktionen abgesegnet wurden. Zudem hat der Kanton einen Aufschub beim Abbau der alten Bilanzfehlbeträge gewährt. Dadurch können 20,8 Millionen «eingespart» werden. (bob)

Platz für neue Hochhäuser

AUSSERHOLLIGEN In einigen Jahren könnten schräg vis-à-vis des Europaplatzes ein oder zwei zehnstöckige Hochhäuser in die Höhe ragen. Dies ermöglicht der neue Zonenplan für das Gebiet zwischen der Schloss-, Turnier- und Weissensteinstrasse, den der Gemeinderat zuhanden des Stadtrats verabschiedet hat. Es handelt sich beim Areal um das Teilgebiet III des Entwicklungsschwerpunkts (ESP) Ausserholligen. Mit dem Zonenplan will der Gemeinderat das Gelände für Dienstleistungsnutzungen weiter öffnen und die Basis für Wohnbauten verbessern. Die Planung entspricht damit der Philosophie des neuen Richtplans Ausserholligen, welcher Investoren im stagnierenden ESP mehr Spielraum einräumen soll («Bund» von gestern).

Auf dem Teilgebiet III lässt der neue Zonenplan Bauten für rund 400 Arbeitsplätze und Wohnraum für 200 Personen zu – leicht mehr als der alte. Für 400 000 Franken soll der öffentliche Raum neu gestaltet und damit attraktiver werden.

Der grösste unbebaute Teil des Geländes gehört der Baufirma Marti. Sie beabsichtigt seit Jahren, vor Ort ein Bürogebäude zu realisieren. Eine Baubewilligung ist indes jüngst ungenutzt abgelaufen: Die Marti AG fand nicht genügend Investoren – symptomatisch für den ESP. Der neue Zonenplan sei begrüssenswert, sagt Marti-Geschäftsleiter Friedrich Wiedmer. Seine Firma habe eine Studie in Auftrag gegeben, die aufzeigen soll, ob Hochhäuser an dieser Stelle umsetzbar seien. Wiedmer prüft zudem, ob statt des bisher vorgesehenen reinen Bürohauses auch Wohnraum erstellt werden könnte. (ige)

ANZEIGE

Erdgasautos bewähren sich als Alternative zu Benzin- oder Dieselfahrzeugen. Mit gutem Grund: Sie stossen deutlich weniger Schadstoffe sowie bis 25% weniger CO_2 aus. Und dies bei bis zu 30% günstigeren Treibstoffkosten. Auch das Tanken wird in ganz Europa immer einfacher. In der Schweiz gibt es heute über 85 Erdgastankstellen – Ende 2007 werden es mehr als 100 sein. Wer sich für ein Erdgasauto entscheidet, kann aus über 30 Modellen verschiedener Hersteller wählen. Erfahren Sie mehr unter www.schlau-fahren.ch.

erdgas fahren